Donnerstag, 24. November 1921. **Einzelnummer 15 Mark.** 60. Jahrgang. Nr. 226.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis für Monat Dezember M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt . . . . 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis
f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 40.— M.
Reklameteil 120.— M.
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M.
im Reklameteil 10.— M.
in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200283 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Die Stimme der Vernunft.

Der „Dziennik Poznański" beschäftigt sich in seiner Nr. 24[?] vom 11. November mit unserem Artikel vom 8. November (Nr. 213) über die Optionsfrage. Er unterscheidet darin unter den hiesigen Deutschen zwei Kategorien, einmal diejenigen, die den Blick nach Deutschland gerichtet hätten, und die er als „Hakatisten" bezeichnet, und zum anderen diejenigen, „die fähig sind, einen geeigneten Weg im Verhältnis zum polnischen Staat einzuschlagen, besonders wenn sie einsehen, daß die Vergeltung eine Grille ist, und daß unser Staatswesen unerschütterliche Grundlagen hat." Diesen Elementen gegenüber, so führt das Blatt weiter aus, sei die Politik der Unterdrückung, die der polnischen Psyche noch immer die einzige den Deutschen im Lande gegenüber mögliche erscheint, falsch. Allzu große Härte vermag diese Deutschen nach Ansicht des „Dziennik" nur ins Lager der ersten zu treiben, während eine Milderung der bisher angewendeten Methoden sie zu produktiver Arbeit zum Nutzen des polnischen Staates gewinnen könnte.

Wir stellen mit Genugtuung fest, daß die einsichtigen polnischen Mitbürger, als deren Organ der „Dziennik" anzusehen ist, die Politik der Unterdrückung gegenüber uns Deutschen verurteilen, weil sie einsehen, daß sie nicht zur Förderung des Staates dient. Diese Politik hält die in vieler Beziehung für Polen wertvollen deutschen Kräfte von der Mitarbeit am Aufbau des Staates fern, obgleich die Deutschen ihre Bereitwilligkeit dafür wiederholt kundgetan haben. Diese Härte, die in der letzten Zeit in steigender Verschärfung angewendet wurde, mußte die Deutschen dazu veranlassen, gegen diese Behandlung Opposition zu machen. Der Block der Minderheiten, der von der polnischen Presse mit solcher Beunruhigung verfolgt wird, hat auch durchaus nicht die Aufgabe, sich als störender Fremdkörper im Staatsleben geltend zu machen, sondern er ist ebenso wie die Gesamtheit der deutschen Minderheit davon überzeugt, daß es seine Pflicht ist, produktive Arbeit für den Gesamtstaat nach Maßgabe seiner Fähigkeiten und Kräfte zu leisten. Ehe er es jedoch kann, müssen jedem Staatsbürger die elementarsten Menschenrechte tatsächlich gegeben, im Notfalle durchgesetzt werden.

Eins müssen wir jedoch hervorheben: eine Teilung innerhalb der Deutschen, wie der „Dziennik" sie vornimmt, gibt es nicht. Alle polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität stehen auf dem Boden der Entscheidungen des Friedensvertrages, ohne inneren Vorbehalt. Wir sind alle gewillt, unseren staatsbürgerlichen Pflichten in vollem Umfange nachzukommen, müssen aber auch die Gewährleistung unserer verbrieften Rechte verlangen. Beides im Interesse des polnischen Staates. Hoffen wir mit dem „Dziennik", daß die Stimme der Vernunft durchdringt.

Sejm.

Sitzung vom 23. November 1921.

Warschau, 23. November.

Ein Gesetzentwurf über Aenderung des Mieterschutzgesetzes wird in erster Lesung dem Gesetzausschuß überwiesen. Ebenso ein zweites Gesetz über Bekämpfung staatsfeindlicher Bestrebungen.

Abg. Liebermann spricht sich gegen das zuletzt genannte Gesetz aus und beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Pigoński kritisiert den Gesetzentwurf.

Abg. Hartglats prüft den Entwurf vom juristischen Standpunkt aus.

Justizminister Sobolewski: „Ich übernehme die Verantwortung für jeden Gesetzentwurf, der aus meinem Ministerium kommt und erkläre, daß ich über den in Frage stehenden Entwurf durchaus unterrichtet war. Wenn der Entwurf vom Unterstaatssekretär unterzeichnet ist, so hat das lediglich den Grund, daß ich damals nicht in Warschau war. Das Justizministerium hat im Rechtsausschuß seinen Standpunkt hinsichtlich dieses Gesetzes klar zum Ausdruck gebracht: Wir sind der Ansicht, daß die bestehenden Gesetze zur Erreichung des Zieles, um das es sich hier handelt, vollkommen ausreiche. Wenn trotzdem dieser Gesetzentwurf vorgelegt wird, so geschieht es darum, weil der Sejm das Ministerium zur Vorlage eines solchen Gesetzentwurfes aufgefordert hat. Es ist möglich, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes sehr scharf sind, aber das Ministerium nahm an, daß der Sejm so scharfe Bestimmungen haben wollte. Der Schutz der Gerichte durch das Justizministerium war zum mindesten überflüssig, denn wenn das Ministerium diesen Gesetzentwurf vorlegt, wird er auch von den Gerichten angewandt werden. Die Gerüchte sind des vollen Vertrauens wert. Daß die zweite Instanz in diesem Gesetz beseitigt wurde, ist nichts Ungewöhnliches. Ähnlich verhält es sich mit der Bekämpfung der Amtsmißbräuche und der Bekämpfung des Wuchers durch die Standgerichte, und über jene Gesetze wurden in dieser Hinsicht keine Klagen laut."

Abg. Laśnecki spricht gegen das Gesetz.

Abg. Kowalewski wendet sich gegen den Vorredner und hält scharfe gesetzliche Bestimmungen gegen Verräter, Bolschewisten und Banditen für notwendig. Er beantragt Ueberweisung des Entwurfes an den Ausschuß.

Abg. Stulski erbittet das Wort zu einer persönlichen Bemerkung. Er liest nach dem Stenogramm einer früheren Sitzung eine Rede des Abg. Bagiński vor, in der ihm der Vorwurf gemacht wird, er hätte während seiner Amtstätigkeit als Ministerpräsident seine Verwandten begünstigt und ihnen eine Vermögensbereicherung erleichtert. Der Redner erklärt diese Aeußerung für Lüge und Verleumdung und teilt mit, daß er diese Angelegenheit der Entscheidung des Sejmmarschalls übergeben würde.

Der nächste Punkt der Tagesordnung bildet die Frage der Vollzugsgewalt des Urząd Osadniczy in Posen.

Abg. Bresiński beantragt folgende Entschließung: „Der Sejm nimmt zur Kenntnis die Maßnahme des Hauptliquidationsamtes und des Hauptlandschaftsamtes in der Frage der Ausführung des Gesetzes vom 14. Juli 1920 und fordert die Regierung auf, im Zusammenhang mit den auf Grund des Versailler Vertrages Polen zustehenden Rechten die Ausführung der genannten Bestimmungen fortzusetzen."

Präsident des Hauptliquidationsamtes Karśnicki: „Wozu Polen berechtigt ist, ist in den Artikeln 256 und 257 ausgesprochen. Der erste dieser Artikel gibt dem Staate das Recht, alle Besitztümer des deutschen Staates, des Kaisers und der Mitglieder der kaiserlichen Familie zu übernehmen, der zweite Artikel berechtigt den Staat zur Liquidierung deutschen Privatbesitzes. Die polnische Regierung hat bei Anwendung des Art. 257 nicht die Absicht, die Deutschen zu schikanieren oder sich an ihnen zu rächen. Die Absicht ist lediglich die Zurückführung des Besitzstandes auf normale Verhältnisse. Gegenwärtig wird die polnische Regierung, indem sie von den ihr zustehenden Rechten Gebrauch macht, nicht den Spuren der preußischen Regierung folgen, sie wird aber, wo es sich um Polonisierung des polnischen Landes handelt, unerbittlich konsequent sein und wird diesen Standpunkt nicht verlassen."

Die vom Abg. Bresiński vorgeschlagene Entschließung wird angenommen.

Ein Gesetzentwurf über Erhöhung der Tarife und Gebühren der Standesämter im ehemals preußischen Teilgebiet wird nach dem Bericht des Abg. Albert Thomas in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Abg. Godek berichtet im Namen des Verwaltungsausschusses über den Gesetzentwurf betreffend den staatlichen Zivildienst. Dieser Entwurf stand seinerzeit schon auf der Tagesordnung einer Sejmsitzung, wurde aber damals auf Wunsch einiger Parteien zwecks Beseitigung einiger Unklarheiten dem Ausschuß überwiesen. Der Ausschuß hat sich in acht Sitzungen erneut mit dem Entwurf beschäftigt und einige Änderungen an ihm vorgenommen. Auf Wunsch der Parteien wird diese Angelegenheit der nächsten Sejmsitzung vorbehalten.

Über die Frage der Wahlkreise spricht im Namen des Verwaltungsausschusses der Abg. Rataj. Sein Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abg. Fichna begründet die Dringlichkeit eines Antrags der Nat. Arbeiterpartei über Bekämpfung der industriellen Krisis. Er fragt, welchen Standpunkt in dieser Angelegenheit die Regierung einnimmt. Ihm antwortet der

Handels- u. Industrieminister Straßburger: „Der Ministerrat und der Wirtschaftsausschuß haben sich in einer Reihe von Sitzungen mit dieser Frage beschäftigt. Es wurden einige Beschlüsse gefaßt. Die Krisis wurde veranlaßt hauptsächlich durch den Mangel an Umlaufsmitteln und die plötzliche Steigung des Kurses der polnischen Mark. Diese Steigung wird möglicherweise anhalten und gute Ergebnisse haben, wenn ihr eine schnelle Verbilligung der Lebensbedingungen und der Produktionsmittel folgen wird. Trotz der schwierigen Lage der Staatsfinanzen hat die Regierung beschlossen, während eines gewissen Zeitraumes von der Kohlensteuer abzusehen (die gegenwärtig 20 Prozent des Kohlenpreises beträgt) unter der Voraussetzung, daß der Kohlenpreis nicht steigt. Ferner hat die Regierung eine Revision der Eisenbahntarife vorgenommen und dabei mit den Holztarifen begonnen. Den stärksten Einfluß auf die Verbilligung der gesamten Lebensverhältnisse wird die Herabsetzung der Lebensmittelpreise haben. Bis zu einem gewissen Grade sind die Lebensmittelpreise schon gefallen. Den Anfang machte der Preis des Roggens. Es muß angenommen werden, daß die beschlossene einmalige staatliche Abgabe ein weiteres Sinken der Preise zur Folge haben wird. Die im Lande vorhandenen Lebensmittel reichen zur Ernährung vollkommen aus. Es ist sogar ein Überschuß vorhanden. Die Preise müssen also fallen. Die Regierung hat Erleichterung der Ausfuhr gewisser Waren nach dem Osten beschlossen. Es wurde auch beschlossen, die Grenze für einige Waren aus dem Westen zu öffnen. Eine Erhöhung der Grenzzollgebühren hält die Regierung nicht für angebracht. (Abg. Rosset: „Die Grenzen müssen bewacht werden!") Der Zuruf ist berechtigt, aber an der Westgrenze gibt es Stellen, an deren Waren mit Leichtigkeit herübergebracht werden können, weil sich dort die Grenzlinie änderte. Ein weiteres Mittel zur Bekämpfung der Krisis ist die Kreditgewährung an die Industrie. Die von der Regierung bisher gewährten Kredite erreichen schon die Summe von 20 Milliarden Mark. Diese Kredite müssen garantiert werden. Als Erleichterung wurde die Maßnahme eingeführt, daß die Kredite gegen zwei Unterschriften ohne Vermittlung einer Bank gewährt werden können. Es werden auch Kredite in Waren, und zwar hauptsächlich in Rohstoffen, gewährt werden. In dieser schwierigen wirtschaftlichen Lage ist die Mitarbeit aller Faktoren notwendig. Die Regierung hat für Donnerstag eine Sitzung einberufen, die sich mit dieser Frage befassen soll und an der sowohl Vertreter der Arbeiter als auch Vertreter der Industriellen teilnehmen werden."

Die Dringlichkeit des Antrages wird angenommen. Der Antrag wird dem Ausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung am Freitag.

Sitzung des Aeltestenausschusses.

Am Dienstag nachmittag beriet der Ältestenausschuß des Sejm über die nächsten Aufgaben des Parlaments.

Ministerpräsident Ponikowski erklärte die baldige Erledigung folgender Gesetzentwürfe für notwendig: Wahlordnung für Sejm und Senat, Gesetz über die einmalige Abgabe, Gesetz über die Verbesserung der Staatsfinanzen, Gesetz über die Kriegsbereicherung, Novelle zu dem Gesetz über den Ausnahmezustand, Gesetz über die vorläufigen Maßnahmen gegen staatsfeindliche Bestrebungen, über Personallegitimationen, über die Vereinheitlichung der Gewerbesteuer, über die Ermächtigung des Finanzministers zur Erhöhung der Sätze der direkten Steuern, über die Lage der städtischen Finanzen.

Es folgte eine Aussprache über den Zeitpunkt der Sejmwahlen. Die Abg. Głąbiński, Chądzyński, Bagiński und Woźnicki sind der Ansicht, daß es wünschenswert sei, die Wahlen im März stattfinden zu lassen, die Abgg. Moraczewski, Rosset und Kresiński sprechen sich für Juni aus.

Abg. Skulski ist gegen jede Festsetzung des Termins.

Abg. Kotula weist auf die dem gegenwärtigen Sejm durch die Verfassung auferlegten und nicht erfüllten Pflichten hin (die Gesetze über die Selbstverwaltung, über das Heer, über das Schulwesen u. a.).

Abg. Marjan Seyda erklärt, daß das Programm des Abg. Kotula das Bestehen des gegenwärtigen Sejm um mehrere Jahre verlängern würde.

Über die Frage der Dauer des gegenwärtigen Sejms und des Zeitpunktes der Neuwahlen wurde vorläufig kein Beschluß gefaßt. Es soll über diese Frage noch einmal beraten werden.

In politischen Kreisen hält man es für wahrscheinlich, daß die Neuwahlen im Juni stattfinden werden.

Abrüstungskonferenz.

Der Sturmlauf gegen Japan.

Paris, 22. November. Über die Sonnabendsitzung der Washingtoner Konferenz wird ergänzend gemeldet: Admiral Kato setzte den Standpunkt der japanischen Regierung zu den chinesischen Vorschlägen auseinander. Nach ihm sprach für Amerika Root, für England Balfour, für Frankreich Briand und schließlich der chinesische Dr. Sze. Sze führte aus, daß Japan nach den Ausführungen Katos Ausflüchte suche. Es sei bereit, theoretisch die offene Tür, die Integrität und Souveränität Chinas anzuerkennen, praktisch aber wolle es in der Mongolei und in Schantung bleiben und verlange die Anerkennung des Umstandes, daß es unmittelbarer Nachbar Chinas sei.

Über die Frage der Seeabrüstung verlautet, daß die Bemühungen, Hughes zu Abänderungen zu bewegen bisher ohne Erfolg geblieben sind. Balfour erklärte dem „Neuyork-Herald" zufolge, England wolle auf alle Abänderungsanträge verzichten. Die Japaner dagegen bestehen nach wie vor auf der Belassung des Über-Dreadnought Motsu und auf einer größeren Anzahl von Flugzeugmutterschiffen, als sie Hughes zugestehen will. Hiergegen protestieren die amerikanischen Marinesachverständigen, die in den Begleitschiffen Schiffe mit Offensivcharakter sehen.

Über die amerikanische Erklärung betreffend die Flottenverstärkung sagte ein Japaner: Die Äußerung möge freundlich oder unfreundlich sein, sie wird gar keinen Einfluß auf unser selbständiges Urteil ausüben. Wir müssen mehr haben. Die Japaner wollten gestern keinerlei Erklärung abgeben. Ihre Meinung über die chinesischen Vorschläge werden sie mitteilen, wenn die Zeit dafür gekommen sein wird, vielleicht in einer öffentlichen Sitzung der Konferenz. Die Stimmung war hier gestern gedrückter als in den Vortagen.

Japans feste Haltung.

Washington, 22. November. (Telunion.) Die Haltung Japans erweckt Mißtrauen und wirkt verstimmend. Katos Erklärungen, Japan brauche mehr als 60 Prozent, stößt hier allseitig auf entschlossenen Widerspruch. Man meint hier, daß Japan versuchen werde, die Verhandlungen auf die lange Bank zu schieben.

Kato hat auch verhindert, daß auf die japanischen Journalisten ein Druck ausgeübt werde, um sie zu bewegen, für die Annahme der Abrüstungsvorschläge einzutreten. Es ist klar, daß die Japaner anfangen, ruhiger und ablehnender aufzutreten, nachdem die anfängliche Spannung ihnen weniger gefährlich erscheint. Dagegen wird amerikanischerseits unzweideutig versichert, daß 60 Prozent das Maximum sei und Japan dann bereits bei den jetzigen Verhandlungen mehr erreicht habe, als es erwarten konnte.

*

Die Situation ist demnach verhältnismäßig kritisch. Japan beharrt auf dem Standpunkt, daß es in weitere Verhandlungen nur willigen könne auf der Grundlage, daß seine Großkampftonnage 70 Prozent und nicht 60 Prozent, wie von Hughes in Vorschlag gebracht, betragen solle. Die Amerikaner aber halten an dem Verhältnis von fünf zu drei zwischen der amerikanischen und japanischen Flotte fest und der Sonderberichterstatter der „Sunday Times" bezeichnet dieses Vorgehen Amerikas geradezu als „Ultimatum", England stehe in dieser Frage hinter Hughes und auch Australien verlangt ein Nachgeben Japans.

Eine Brücke über die entstehende Kluft wird von allen Beteiligten gesucht. Der Berichterstatter der „Agence Havas" glaubt sie auch schon gefunden zu haben, denn er drahtet seinem Blatt aus Washington, Staatssekretär Hughes' Vorschlag scheine hinsichtlich des Verhältnisses, das bekanntlich für England und Amerika fünf gegen drei für Japan sein sollte, eine Revision zuzulassen, indem als Grundlage nicht die Tonnage selbst, sondern beispielsweise die Bewaffnung und die Schnelligkeitsziffer angenommen werden. Die Sachverständigen Englands, Japans und Amerikas seien bereit, auf der von Hughes abgeänderten Grundlage weiter zu verhandeln, um zu einem Abrüstungsvertrage kommen zu können.

Ob diese recht optimistische Auffassung der Lage recht behalten wird, bleibt abzuwarten. Japan wird sich kaum damit einverstanden erklären, sich nach den amerikanischen Vorschlägen „abrüsten zu lassen". Denn selbstverständlich bedeutet der Plan des Staatssekretärs Hughes keine Schwächung Amerikas, sondern eine Stärkung. Jeder Staat kann für eine rücksichtslose Abrüstung eintreten, kann fast seine gesamte Flotte zum alten Eisen werfen und nur die notdürftigsten Neubauten vornehmen, wenn er die Sicherheit hat, daß seine Gegner — noch mehr abrüsten müssen, also jederzeit schwächer sind als er selbst. Daher der Eifer Amerikas für die Abrüstung. Es würde nur Geld sparen und doch auf Grund der erzielten Verhältniszahl die Gewähr dafür erhalten, daß ihm Japan zur See nichts anhaben kann.

Das umstrittene Uboot.

Balfours Vorschlag über die Einschränkung der U-Bootbauten hat in Frankreich starke Einwände hervorgerufen. Man erklärt, die französische Flotte trage einen verteidigenden Charakter, und wenn Deutschland einen „ungesetzlichen" Gebrauch von den U-Booten gemacht habe, so sollte das nicht zu dem Glauben führen, daß man von ihnen nicht auch einen normalen Gebrauch in Einklang mit den Kriegsgesetzen und der Humanität machen könnte.

So schreibt u. a. Admiral Dupuy im „Eclair", das U-Boot sei die Waffe des Schwachen und Frankreich solle nicht aus einer Art falschen Stolzes zögern, solche zu fordern. Im „Figaro" gibt Admiral Bienaime klar zu, daß der gegenwärtige Zustand des Marinematerials Frankreichs es zu einer Mäßigung geneigt machen solle, protestiert aber gegen die Abschaffung der U-Boote.

Vielleicht ist einer der französischen Admirale so gut, einmal auf Grund seiner Fachkenntnisse anzugeben, was man sich in der französischen Marine unter einem „normalen Gebrauch" des U-Bootes vorstelle. Die Auslegung dieses Begriffes dürfte doch eine für Frankreich recht peinliche Ähnlichkeit mit den Grundsätzen haben, die Deutschland für seinen U-Bootkrieg aufgestellt hat. Es liegen erfreulicherweise Erklärungen englischer und amerikanischer Marineleute vor, die unzweideutig bescheinigt haben, daß

die Handhabung der U-Bootwaffe durch Deutschland — entgegen den Behauptungen der Ententepropaganda — durchaus sachgemäß und völkerrechtszulässig war. Deutschland kann nun mit einer gewissen Schadenfreude mit ansehen, wie England aus Angst vor dem U-Bootgespenst, das ihm zur See sehr leicht die Vormachtsstellung nehmen kann, alle U-Boote überhaupt abschaffen möchte, während seine „lieben Bundesgenossen“ sich diesen Trumpf keineswegs aus der Hand nehmen lassen wollen.

England für Luftbombardements.

Das offiziöse Reuterbureau sagt, daß die britische Delegation nicht für allzu durchgreifende Herabminderung der Luftstreitkräfte sei, denn sogar ein Luftbombardement auf Städte könne gerechtfertigt sein, wenn durch solche Angriffe ein Druck auf die feindliche Regierung ausgeübt werden soll.

Sehr schön gesagt! Vielleicht liest Reuter in den von ihm selbst während des Krieges in alle Welt gefunkten Meldungen über die Luftbombardements auf London einmal nach, welche Ansicht England damals vertrat und welche Worte der Empörung es über diese „barbarische, blutdürstige, kulturfeindliche Methode der Kriegführung“ gefunden hat. Es ist die alte Geschichte: So lange man selbst betroffen ist, ist die Maßnahme ein „schreiendes Unrecht“ gegen Kultur und Humanität; kann man sich selbst dadurch Vorteile verschaffen, dann ist man plötzlich „ganz anderer Meinung“.

Französische Stimmungsmache in Amerika.

Washington, 22. November. (Tel.-U.) Der Verband der Bankiers von Maryland gab gestern abend in Baltimore ein Diner zu Ehren der französischen Delegation. Briand ließ sich durch den Geschäftsträger Casenave vertreten, der von den amerikanischen Bankiers die französische Politik Deutschland gegenüber und insbesondere die Tragweite des Wiesbadener Abkommens erläuterte. Frankreich sei weit davon entfernt, den Ruin Deutschlands zu wünschen. Es sei im Gegenteil bereit, mit den gesunden Gliedern des deutschen Volkes zusammenzuarbeiten. (?) Es biete daher Deutschland die Möglichkeit an, sich in kommerzieller Richtung zu rehabilitieren und sehe ein, daß die Stabilisierung der Mark eng mit dieser Frage verknüpft ist. Jede Haltung, die dies Ziel bezweckt, werde von Frankreich günstig aufgenommen werden. Die Ausführungen haben auf die Vertreter der amerikanischen Banken einen großen Eindruck gemacht. Einer der Anwesenden erklärte: Diese Ausführungen waren für uns eine vollständige Überraschung.

Briands Rede über die Abrüstung zu Lande.

Am Montag hat Briand seine angekündigte große Rede über die Abrüstung zu Lande gehalten, die in jedem Satze die Angst Frankreichs vor dem entwaffneten verarmten Deutschland verrät oder vielmehr die vollkommene Vernichtung Deutschlands fordert. Er sagte unter anderem: „Der Krieg ist gewonnen, der Frieden unterzeichnet, Deutschland ist besiegt und besitzt eine in höchstem Grade herabgesetzte Armee, sein Kriegsmaterial ist vernichtet. Warum also erhält Frankreich weiter eine so große Armee und solche Vorräte an Kriegsmaterial aufrecht? Es gibt Leute, die es versuchen, Amerika einzureden, daß Frankreich eine solche Streitmacht zu erhalten wünscht, weil es eine bewaffnete Hegemonie in ähnlichem Sinne wie früher Deutschland erstrebe. Ein solcher Vorwurf bedeutet für Frankreich etwas sehr Schmerzliches und Grausames. Seit dem Augenblick des Waffenstillstandes hat Frankreich viele Schwierigkeiten erfahren. Frankreich erlebte, daß Deutschland die Ausführung der übernommenen Verpflichtungen in Frage gestellt und eine Absage ebenso in der Entschädigungs- wie Entwaffnungsfrage gegeben hat. (?) Deutschland besitzt gegenwärtig 250 000 bewaffnete Soldaten, die systematisch geschult sind, und es ist fähig, sofort in seinen ständigen Truppenkörper 7 Millionen ehemaliger Kriegsteilnehmer, die in vielen Verbänden zusammengeschlossen sind, einzugliedern. Napoleon entwaffnete Preußen, und dennoch verblutete Frankreich hernach durch die Schuld dieses entwaffneten Preußen. Die Funken des Feuers glommen immer geheim in dem angeblich entwaffneten Europa.“

Von dem aktiven Stand der französischen Armee sprechend sagte Briand: „Die bisherige dreijährige Dienstpflicht wird in Frankreich auf 18 Monate herabgesetzt; also wird die französische Armee auf die Hälfte vermindert. Frankreich wendet sich an seine früheren Verbündeten mit der Bitte, daß diese mit Frankreich nicht in einer Angelegenheit schachern sollen, die eine Frage der Sicherheit ist; Frankreich bittet, daß man ihm erlaube, sich diese Sicherheit zu verschaffen entsprechend den wirklichen Interessen des gegenwärtigen Augenblicks. Die Welt fühlt die Notwendigkeit, mit voller Sicherheit zu erfahren, ob Frankreich gesichert sei oder nicht. Die erste Bedingung einer möglichen Entwaffnung Deutschlands ist gerade die, daß es weiß, daß alle Verbündeten weiter an der Seite Frankreichs stehen, weil erst dann die deutsche Demokratie wirklich triumphieren wird.“

Von der Streitkraft Deutschlands sprechend, erinnerte Briand an die Vorfälle im oberschlesischen Abstimmungsgebiete. „Als der Konflikt in Oberschlesien — so sagte Briand — sich in hohem Grade verschärfte, da die Deutschen schon entschlossen waren, in Oberschlesien mit der Reichswehr einzumarschieren, in dem ernsten Augenblick, da meine Verantwortlichkeit als Staatsmann den Gipfel erreichte, sagte ich den Deutschen: „Holla, dies ist unmöglich!“ Und ich durfte es sagen, weil wir über genügend Kräfte verfügten. Und wenn wir in jenem Augenblick auf unserer Seite nicht die erforderlichen Kräfte gehabt hätten, um uns Gehör zu verschaffen, so wäre der Frieden Europas in diesem einen Augenblick bedroht gewesen.“

Über Rußland sagte Briand: „Rußland ist kein Faktor, den man leicht nehmen kann, wenn es 20 Millionen Menschen mobilisieren kann und wenn es 1½ Millionen mobilisierter Menschen besitzt, und hauptsächlich, wenn es sich in einem Stadium anarchischer Gärung befindet. Wenn die polnische Barriere überschritten worden wäre, wenn sich die Sowjetarmee in ihrer Anarchie mit der deutschen Streitmacht vereinigt hätte, was wäre dann mit Frankreich und mit ganz Europa geschehen? Aber Frankreich besaß noch eine Armee, die für Frankreich und für ganz Europa die Rolle einer Armee der öffentlichen Ordnung spielte. Die russische Angelegenheit bleibt weiter ungeregelt. Rußland ist immer ein Staat, der die Quelle des Unfriedens darstellt. Was wird aus seiner Armee werden, wozu werden die Vorräte an Kriegsmaterial gebraucht, was wird endlich Deutschland tun, um Rußland in den Zustand des Gleichgewichts zu führen und um es auszubeuten? Alles dies sind Fragen, über die man sich noch nicht klar ist, über die wir sogar augenblicklich nichts wissen.

Washington, 22. November. Nach beendigter Sitzung berichtete Briand den Pressevertretern über die tiefe Erschütterung der französischen Delegierten aus Anlaß der Aufnahme, die sie auf der Konferenz gefunden haben. Briand fügte hinzu, daß er überzeugt sei, daß ein einmütiger Appell der Verbandsmächte die Entwaffnung Deutschlands ermöglichen wird. Briand beabsichtigt, Washington am Donnerstag zu verlassen.

Żeligowski über Wilna.

Paris, 22. November. Der „Matin“ veröffentlicht die Unterredung seines Vertreters mit dem General Żeligowski. Der General erklärte, daß gegenüber der zweimaligen Vergewaltigung der Rechte, einmal durch Deutschland und einmal durch die Bolschewisten, er das Recht nicht verletzt habe. Der General sprach dem Staatspräsidenten Pilsudski seine höchste Anerkennung aus, der nach seiner Ansicht nur die Zukunft Polens baut und sich auf rechtliche Grundlagen stützt. Der General bemerkte, daß jede Lösung der Wilnaer Angelegenheit, die sich auf den Versailler Vertrag stützt, zu der Frage einer Autonomie innerhalb der Grenzen des polnischen Staates führt. Eine solche Autonomie ist im gegenwärtigen Augenblick der Wille des Volkes, die Abstimmung. Der General erklärte, daß er günstiger Ergebnisse der Abstimmung sicher sei. Er verwirft jedoch energisch den Plan, aus dem Wilnaer Gebiet ein autonomes Gebiet außerhalb der Grenzen Polens zu bilden. Ein polnischer Korridor würde nach der Ansicht des Generals eine enge Verbindung Rußlands mit Deutschland nicht gestatten und eine Vernichtung Polens durch die gegen Polen verschworenen Feinde unmöglich machen. Die Durchführung eines solchen Planes wäre eine formale Ableugnung des Versailler Vertrags und würde die Existenz Polens bedrohen.

Die albanische Frage vor dem Völkerbund.

Paris, 22. November. In der Sitzung des Völkerbundrates legte der englische Delegierte Fisher den englischen Standpunkt dar, nach dem das eilige und unerwartete Eindringen der Serben in das albanische Gebiet eine Verletzung des Vertrages über den Völkerbund bilde, den ebenso Jugoslawien wie auch Albanien unterzeichnet haben. Fisher erklärte weiter, daß das Eindringen der serbischen Banden, die augenscheinlich von den serbischen Behörden gestützt werden, auf englischer Seite sehr ernste Befürchtungen in Verbindung mit der Sorge über die Aufrechterhaltung des Friedens hervorrief. Endlich stellte der englische Delegierte das Bestehen eines bewußten Planes fest, der den Stamm der Mirediten zum Aufstande gegen die albanische Regierung aufwiegelt, um das nördliche Albanien vom Rest des Staates abzureißen und dort eine unabhängige nordalbanische Republik zu proklamieren. Der Delegierte der Jugoslowakei, Boskawic, erklärte, daß trotz der Vorwürfe, die man in Hinsicht auf die Form der Entscheidung der Botschafterkonferenz machen kann, Jugoslawien seine Abteilungen auf die ihm bezeichnete Grenzlinie zurückziehen wird. Der Delegierte Albaniens erklärte, daß Albanien den Beschluß der Botschafterkonferenz annehme. Bourgeois gab darauf die Annahme des Botschafterbeschlusses durch beide Regierungen bekannt.

Um die Aalandsinseln.

Russische Note an Schweden über die Aalandsinseln.

Stockholm, 21. November. Der hiesige Vertreter der Sowjetregierung, Kerhentsew, überreichte dem Ministerpräsidenten und Minister des Äußern, Branting, eine Note Tschitscherins, in der es heißt: Die russische Regierung halte es angesichts der Bedeutung, die die Aalandsinseln infolge ihrer geographischen Lage für die arbeitenden Massen Rußlands haben, für ihre unabweisbare Pflicht, keine Änderungen in der rechtlichen Stellung der Aalandsinseln ohne ihre Mitwirkung zu dulden. Die russische Regierung betrachte daher die Aalandskonvention vom 20. Oktober als nicht vorhanden. Weiter erklärt die russische Regierung, sie sehe die Teilnahme der schwedischen Regierung an der Aalandskonferenz in Genf als eine Kränkung und feindliche Handlung an.

Rumänien und Sowjetrußland.

Moskau, 21. November. „Izwiestja“ bringt den Text einer Note Take Jonescus an Tschitscherin vom 9. d. M. Den Empfang der Note Tschitscherins vom 22. Oktober bestätigend, erklärt die Note, daß die rumänische Regierung von der Sowjetregierung die Zusendung von Dokumenten in der Machna-Angelegenheit erwartet und gleichzeitig verspricht, eine Untersuchung über seine Internierung einzuleiten, da die rumänische Regierung keine Nachrichten über die Anwesenheit des Atamanen Machna im Gebiet ihres Staates besitzt. Darauf bespricht Take Jonescu die Antwort auf den Teil der Note, der nach Ansicht der rumänischen Regierung nur den Kompetenzen der Regierung und des Parlaments zusteht. Die Note weist in energischer Weise die Möglichkeit von Verhandlungen mit der Sowjetregierung über die Zugehörigkeit jenes Teils von Moldau ab, der gegenwärtig dem Königreich Rumänien zugefallen ist. Am Schlusse wird das Streben Rumäniens nach Aufrechterhaltung loyaler Beziehungen mit Rußland und der Ukraine betont.

Als Antwort auf diese Note haben Tschitscherin und Rakowski an Take Jonescu eine Note gesandt, die nach der „Izwiestja“ folgenden Wortlaut hat:

„Die russische Regierung und die Regierung der Sowjetukraine bestätigen mit großer Freude das Bestreben Rumäniens zur Anknüpfung von loyalen Beziehungen zu ihnen. Sie bemerken jedoch, daß die Wirklichkeit nicht ganz der in der rumänischen Note genannten Erklärung entspricht. Die Regierungen der Sowjets erwarten die Erklärung Rumäniens über das Verweilen des Atamanen Machna in rumänischem Gebiet, um nachher weitere Schritte in dieser Angelegenheit einzuleiten. Bevor Rußland und die Ukraine die Tatsache der Abtrennung Beßarabiens von Rußland und ihrer Annexion durch Rumänien anerkennen, interessieren alle diese Angelegenheiten lebhaft Rußland und die Ukraine. Die Angelegenheit des Atamanen Machna interessiert die Regierungen der Ukraine und Rußlands umso mehr, als sie die Nachricht über den Aufstand neuer Banden in rumänischem Gebiete erhalten habe, deren Ziel es war, bewaffnet gegen die Ukraine vorzugehen. Führer dieser Banden sollen angeblich Machna, Ługowj und Gułaj Gulęko sein.“

Sowjetrußland.

Ein Block der Linkskommission.

Moskau, 22. November. (PAT.) Hier wurde ein unlegaler Block der Linkskommunisten gebildet, dessen Ziel darin besteht, die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung zu stürzen, die Rußland in die Hände der Kapitalisten übergibt. Der Block beschloß, in diesem Kampfe in seinen Mitteln nicht wählerisch zu sein. Die Organisatoren des Blocks wurden verhaftet und gefangen gesetzt.

Rückkehr zum guten Alten.

Riga, 22. November. (Par Rad.) „Izwestia“ berichtet von einer großen Versammlung, die in Moskau unter Teilnahme Trotzkis stattfand. Trotzki begründete in seiner Ansprache den Übergang Sowjetrußlands zur neuen Wirtschaftspolitik. Er sagte unter anderem: Wenn wir Konzessionen für längere Zeit wie z. B. auf 90 Jahre geben, so sagen unsere Gegner, daß wir auf diese Weise für diesen Zeitraum die Vernichtung der bürgerlichen Herrschaft hinausschieben. In Wirklichkeit stellt sich die Angelegenheit jedoch anders dar. Wenn es uns gelingt, das Kapitalseigentum wenn auch nur für einen Monat aufzuheben, dann ist es klar, daß in diesem Falle das Proletariat sein Eigentum in einem Monat zurückerhält.

Schreckensherrschaft in Sibirien.

Riga 22. November. (PAT.) Die lettische Presse berichtet aus maßgebenden Quellen, daß in Sibirien durch Urteile des Revolutionsgerichts 200 Bauern erschossen und gegen 100 in Haft gesetzt wurden, weil sie sich der Abgabe der freiwilligen Lebensmittelsteuern entzogen.

Sowjetagenten in Deutschland.

Berlin, 22. November. Das „Deutsche Tageblatt“ berichtet: Zurzeit wird Deutschland von Sowjetbolschewisten geradezu überschwemmt. So kam am 25. Oktober der Führer der russischen Tscheka, der berüchtigte Dscherfinski, als Kurier Freymann an. Ferner sind ein gewisser Sowilostowski und seine Helfershelfer bei der Ermordung Koltschaks zur Belehrung nach Berlin versetzt worden. Sie halten sich hier im Bureau „Wissen und Technik“ in der Eisenacher Straße auf. Ferner soll ein General Popow, beim Hetmann Skoropadski, zu deutschen Ministern, sowie ein gewisser Skrupow, früher zaristischer Gardeoberst, Beziehungen mit dem Auswärtigen Amt unterhalten. Beide sind bezahlte Agenten der Sowjteregierung.

Aus Wyborg wird berichtet, daß die russischen Kommunisten beschlossen haben, die Aktion der Kommunisten in Deutschland finanziell zu unterstützen. Die deutschen Kommunisten, die bisher in Rußland weilten, haben sich nach Deutschland begeben.

Lies Rainer.

Geschichte einer Ehe von **Leontine von Winterfeld.**

(59. Fortsetzung.)

Um sie herum mit Fackeln die Männer von Nilmer. Was für rote gespenstische Lichter die Fackeln warfen auf ihr weißes Gesicht auf die geschlossenen Augen! Aber sie rührte sich nicht. Da hob Knut sie auf und trug sie herein, — wie ein kleines Kind, — wortlos, mit knickenden Knien. Schweigend, die Köpfe tief gesenkt, gingen sie alle hinterher. Dann, als Mutter und Ellen sie entkleidet, in heiße Tücher gewickelt und ins Bett gelegt, als Ernst seine ärztlichen Anordnungen gegeben und sich wohl eine Stunde um sie bemüht, — ohne Erfolg, — legte es sich wie eine schwere, dunkle Wolke auf alle. Sie konnten es nicht glauben, — konnten es einfach nicht.

Immer noch rieb Knut ihre eiskalten Hände in namenloser, tödlicher Angst.

Wie schwarze Seide lagen ihre nassen, schweren Flechten auf dem weißen Kopfkissen, wie Wachs war ihr Gesicht, — so starr, — so totenstill.

Jetzt hatte es ganz aufgehört zu regnen, im Osten stand schon ein roter Streifen. —

Da schlug Lies Rainer die Augen auf, — müde, — suchend, — fragend.

Sie hatten es alle gesehen und weinten auf, — in heißem, namenlosem Glück.

Lies' Augen suchten Knut. Der hatte sich über sie gebeugt in maßlosem Jubel.

„Knut, — sag mir, — habe ich — das alles nur geträumt? — Wo ist Ellen?“

Da ließ Ernst alle hinausgehen und erzählte ihr und Knut, was er von Gisela wußte und von Ellen und Römer und wie alles gekommen. Wie all die häßlichen, falschen, schwarzen Schatten sich hereingedrängt in ihr großes Glück.

Sie aber hielt die ganze Zeit fest, fest ihres Mannes große, braune Hand. Dann zog sie sie an die Lippen.

„Vergib mir Knut, daß mein Glauben an Dich nicht größer war als meine Liebe. Aber nun rufe mir Ellen.“

„Morgen,“ sagte Ernst, „jetzt mußt Du diesen heißen Tee trinken und dann schlafen. Und Du, Knut, mußt Dir vor allen Dingen die nassen Kleider ausziehen, komm“ —

Als Knut nach einer halben Stunde geräuschlos wieder in ihr Zimmer trat, war Lies eingeschlafen. Leise zitterten die ruhigen regelmäßigen Atemzüge der Schlummernden durch den Raum. Die Baumwipfel draußen badeten sich im ersten purpurnen Morgenlicht. Und auch ihre Wangen färbten sich allmählich mit seiner Röte.

Lange, lange stand er da und sah auf die Schlafende. Ihr Leben hatte Lies geben wollen für ihn, damit er glücklich würde. Denn ihre Liebe war stärker wie der Tod.

In seinen Zügen arbeitete es. Der große, starke Mann legte die Hand über die Augen.

Dann setzte er sich leise neben ihr Bett, ihren Schlummer zu hüten.

Im Garten aber sang die erste Amsel ihr Morgenlied. —

26. Kapitel.

Als Ernst gesehen, daß Lies seine ärztliche Hilfe nicht mehr brauchte, fuhr er am anderen Morgen plötzlich ab. Auf seine Schweizer Erholungsreise, wie er sagte. Ohne Abschied von Gisela zu nehmen, — ohne auch nur einmal nach ihr zu fragen. Gisela hatte die ganze Nacht nicht geschlafen, sie konnte die furchtbaren Worte ihres Mannes nicht vergessen. Unaufhörlich gingen sie ihr nach, unaufhörlich, — unermüdlich.

Als sie hörte, daß es besser wurde mit Lies, war sie hinausgegangen, der aufgehenden Sonne entgegen. Unten am Meeresstrand saß sie, wo ihr die Wellen fast die Füße netzten. Auf das weite, heute so stille, spiegelklare Wasser starrte sie. Was hatte Ernst heute Nacht gesagt? Daß sie sein Glück zertreten. — daß er sie verachte. — daß —

In ihr brandete es, — ein mächtiges ungeahntes Etwas! Ein Etwas, das sie tot und erstorben gemeint in ihrem Herzen, war jäh geweckt worden heute Nacht durch ihres Mannes Wort, der nie sonst ein hartes Wort zu ihr gesprochen, — ihres Mannes verachtenden Blick. Geweckt aus todesähnlichem Schlaf war dieses Etwas durch Lies Rainers wahnsinnige Tat.

Konnte so ein Weib handeln aus Liebe?

Nicht weil sie ihres Lebens überdrüssig und satt gewesen, hatte Lies das getan. O nein, sie stand ja am Born des Lebens, an der Quelle des Glücks. Denn ihr Glück war, einem anderen alles zu sein, diesem anderen nur Sonne zu bringen, nichts als Sonne. Und als sie vermeinte, daß ihr diese Kraft abhanden gekommen, da war Lies Rainer gegangen, — still, — wortlos, — ohne Bitterkeit, — wähnend, ihm durch ihren Tod zum letzten Mal die hellste Sonne zu bringen, — Freiheit und Besitz der anderen.

Was stieg plötzlich auf in Giselas Seele, — glühend heiß, — brennend?

Flammende, zehrende Sehnsucht nach jener Liebe, die sie stets geleugnet, die sie verspottet als elektrisches Fluidum, — brennende, nagende Sehnsucht nach jener Macht der Liebe, der kein Opfer zu groß ist für den Geliebten.

Hatte sie nicht auch einst geliebt, — heiß, — innig? Wer hatte das getötet in ihr? Ernst? O gewiß nicht! Der hatte sie auf Händen getragen sein Leben lang. Aber sie hatte den heiligen Ernst wahrer Frauenliebe spottend übersehen, hatte wie ein Spielzeug gehandhabt, was Gott als heiligstes Kleinod in ihre Hände gelegt.

Bis sie verlernte, an ihre eigene Liebe zu glauben, bis sie ihr Glück zertreten, — das mimosenzarte, wundersam empfindliche Glück der Ehe. Bis sie nicht mehr genug daran hatte, krankhaft ihr eigenes Glück zu zerstören, — bis sie auch hineingriff mit spielender Hand und kaltem Hohn in das Glück einer anderen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Ungarn.

Oedenburg für den Anschluß an Oesterreich.

Berlin 22. November. (Tel.-U.) Wie die Telegraphen-Union von ihrem nach Oedenburg entsandten Sonderberichterstatter erfährt, ist die Stimmung für die in Oedenburg und Umgebung demnächst stattfindende Abstimmung unerwartet günstig für den Anschluß an Österreich. Schon jetzt läßt sich übersehen, daß die Minderheit zweier Dörfer, die gegen den Anschluß sind, durch eine überwältigende Mehrheit in der Stadt Oedenburg ausgeglichen werden wird.

Ungarische Note an den Völkerbund.

Budapest, 21. November. (PAT.) Die ungarische Regierung sandte an den Völkerbund eine Note, in der sie gegen die Rolle protestiert, die der Völkerbund während des letzten Abenteuers Kaiser Karls spielte. Die Note betont, daß während der letzten Mißverständnisse zwischen Ungarn und den Nachbarstaaten der Völkerbund keine Mittel anwandte, zu denen er im Sinne seiner Statuten berechtigt war, und die notwendig waren, um dem Eindringen fremder Truppen auf ungarisches Gebiet und einem Krieg vorzubeugen.

Ankunft Karls in Madeira.

Funchal 22. November. (Tel.-U.) Karl und Zita sind am Sonnabend hier eingetroffen und haben sich sofort nach ihrem Aufenthaltsort begeben. Die Menge grüßte die Verbannten.

London 21 November. (Tel.-U.) Zu dem „Times“-Bericht daß England bereit sein würde, das nötige Geld für Exkaiser Karl zu geben, meldet Reuter, es könne nicht die Rede davon sein, daß die englische Regierung die Verantwortung für die Auszahlung des für Karls Unterhalt benötigten Geldes auf sich nehme. Hierüber werde zwischen dem Botschafterrat und den verschiedenen Nachfolgestaaten verhandelt, die wahrscheinlich 15 Millionen Pfund zusammenbringen werden.

Politische Tagesneuigkeiten.

Eine Bitte an Hughes um Befreiung von der schwarzen Schande. Die Vorstandschaft des deutschen Notbundes gegen die schwarze Schmach in München hat an den Präsidenten der Abrüstungskonferenz folgendes Kabeltelegramm gerichtet: Der deutsche Notbund gegen die schwarze Schmach, Sitz in München, bittet den Herrn Vorsitzenden Hughes in der Abrüstungskonferenz, die Entfernung farbiger Truppen aus den deutschen besetzten Gebieten bewirken zu wollen.

Deutsch-lettländische Verhandlungen. Die deutsch-lettländischen Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsabkommens werden auf Grund der bisher bereits im Sommer abgeschlossenen Vorarbeiten demnächst wieder aufgenommen werden. Die Verhandlungen werden in Berlin stattfinden, während eine deutsche Kommission zur Besprechung über die gegenseitigen, aus dem Kriege herrührenden Entschädigungsforderungen nach Riga entsandt werden.

Das Konkordat mit Bayern. Nach dem „Corriere d'Italia“ stehen die Verhandlungen betreffend den Abschluß eines Konkordats dicht vor dem Abschluß. Das Konkordat dürfte wahrscheinlich im Dezember unterzeichnet werden.

Parlaments-Skandale.

Die kommunistischen Abgeordneten, die sich in der letzten Zeit verhältnismäßig ruhig und anständig benahmen, haben am Wochenende in den Berliner Parlamenten große Lärmszenen heraufbeschworen. Diese waren offensichtlich von langer Hand planmäßig vorbereitet worden. Den Anlaß oder vielmehr den Vorwand dazu nahmen im deutschen Reichstag wie im preußischen Landtag der Hungerstreik, den kommunistische Gefangene im Zuchthaus zu Lichtenburg bei Torgau in der vorigen Woche veranstaltet haben. Nach eigener Aussage einem kommunistischen Abgeordneten gegenüber, der sie mit Zustimmung des preußischen Justizministers besucht hat, haben sie sich weder über die Verpflegung noch über die Behandlung im Zuchthause zu beklagen. Es handelt sich um einen Demonstrationsstreik, zu dem sie offenbar von außen her durch Agitatoren aufgehetzt worden sind. Die Linksradikalen suchten den Hungerstreik für ihre Parteizwecke parlamentarisch auszumünzen. Im Landtage und im Reichstage zogen sie die Angelegenheit gewaltsam in die Debatte und vollführten dann, da die anderen Parteien und die Regierungsvertreter geschlossen gegen dieses Gebaren Front machten, die häßlichsten Skandale.

*

Im preußischen Landtag goß ein Kommunist ein volles Glas Wasser auf die Köpfe der vor ihm sitzenden Zentrumsmitglieder. Ein anderer entriß dem Präsidenten, der Ruhe schaffen wollte, die große Glocke und schleuderte sie in die Ecke. Wieder andere schrieen: „Schurkenbande“, „Gequatsch“, „Schamlosigkeit“ und anderes. Der kommunistische Abg. Schulz-Neukölln wurde während seiner wenigen Worte, die er sprach, zweimal zur Ordnung gerufen. Erregt drangen die Kommunisten auf die Mehrheitssozialisten ein. Man stand unmittelbar vor Ausbruch eines Handgemenges. Als der Redner dem Deutschen Volksparteiler Stendel mit dem Zuruf „Sie schamloser Bube“ beglückt, dreht sich dieser um und macht eine Bewegung dahin, der Zurufer könne ihm den Buckel runterrutschen. Vizepräsident Garmich befragt das Haus, ob es der Redner den Deutschen Volksparteiler Stendel mit dem Zuruf lauten Nein-Rufen. Von den überfüllten Tribünen lieferten Gesinnungsgenossen der Kommunisten durch wüstes Schreien und Pfeifen eine Begleitmusik. Die Sitzung wurde abgebrochen. Als von der Tribüne kommunistische Hochrufe ausgebracht wurden, erfolgte die Räumung. Nach längerer Pause wurde die zweite Beratung der Justizverwaltung fortgesetzt.

*

Im Deutschen Reichstag ging es nicht minder stürmisch zu. Hier benutzten die Kommunisten und Unabhängigen die Vorlage über die Einschränkung der Freiheitsstrafen und die Erweiterung der Geldstrafen, um ebenfalls den Lichtenburger Streik in die Erörterung zu ziehen. Sie verlief sehr bewegt und teilweise lärmend. Aber das war nicht das Bemerkenswerteste in der Sache, sondern der Umstand, daß der neue sozialdemokratische Reichsjustizminister Dr. Radbruch sich genötigt sah, den Linksradikalen in der schärfsten Form genau so gegenüberzutreten und nahezu die gleiche Sprache zu führen wie irgendein beliebiger Vertreter der sogenannten „Klassenjustiz“. Der Minister erklärte, er denke gar nicht daran, vor der „törichten Demonstration eines Hungerstreiks“ zurückzuweichen und sich einer derartig leeren Demonstration zu beugen. Für keinen der Kranken bestehe irgendeine Lebensgefahr. Sie sollen ins Lazarett kommen, ohne daß dadurch die Strafe unterbrochen wird. Als der Minister dann erklärt, daß die Regierung sich in keiner Weise zwingen lassen werde, und dann fragt, wohin wir denn kommen sollten, wenn die Hüter der Rechtsprechung sich einem solchen Zwange beugen sollten, erschallt neuer wilder Lärm. Mehrheitssozialisten, Unabhängige und Kommunisten beschimpfen sich gegenseitig. Unwillkürlich denkt man an das geflügelte Wort „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“. Im Reichstag erlebte man am Sonnabend die praktische Auslegung. Als Minister Radbruch geendet hatte, brechen die Linksradikalen in laute Pfuirufe aus.

Freistaat Danzig.

† **Beamtenstreik.** Wegen Lohnforderungen infolge der wachsenden Teuerung sind Montag mittag um 12 Uhr sämtliche Angestellten des Senats und bei den staatlichen und städtischen Behörden (auch Post, Justiz und Polizei) in den Streik getreten.

Republik Polen.

Die Staatssprache.

Der nationale Volksverband hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, folgenden Gesetzentwurf vorzuschlagen:

1. In der ganzen Republik Polen ist die polnische Sprache die Staatssprache. In dieser Sprache verhandeln der Sejm und der Senat, in dieser Sprache wirken die staatlichen Einrichtungen. In polnischer Sprache werden alle Verordnungen, Beschlüsse, Befehle und Schriftstücke der Behörden sowohl im inneren als auch im äußeren Verkehr abgefaßt.

2. Die polnische Sprache ist die Amtssprache der Behörden, der staatlichen Einrichtungen und der Selbstverwaltungsinstitutionen in der ganzen Republik. Soweit nicht auf Grund besonderer Gesetze für bestimmte Teile des Landes eine andere Sprache zugelassen ist, haben alle Eingaben, Anträge und Gesuche in polnischer Sprache eingereicht und beantwortet zu werden.

3. Alle öffentlichen Bekanntmachungen der Behörden, der staatlichen Einrichtungen und der Selbstverwaltungsinstitutionen müssen in polnischer Sprache abgefaßt sein. Die Frage, wie weit neben der polnischen Sprache eine andere Sprache zugelassen werden kann, wird durch besondere Bestimmungen geregelt werden.

4. Die Sprache der Behörden und aller öffentlichen Korporationen ist die polnische, soweit durch ihre Satzungen nichts anderes vorgesehen wird.

† **Der Staatschef in Lida.** Der Staatspräsident ist in einem Sonderzug in Lida eingetroffen. In seiner Begleitung befanden sich der Außenminister Downarowicz, der Chef der Ostabteilung des Außenministeriums Kossakowski, der Stabsoberst General Ryba, der Oberst Iskrzyński und Zabierzowski, der Rat des Außenministeriums Dr. Górski und der erste Referent dieses Ministeriums Arciszewski. Zur Begrüßung des Staatspräsidenten trafen auf dem Bahnhof die Vertreter der Stadtverordnetenversammlung mit dem Wojewoden von Nowogrod Raczkiewicz an der Spitze ein; weiter waren anwesend die Vertreter der Lidaer Stadtverordnetenversammlung, der Gemeindevorsteher und das Publikum. Zugleich traf hier der Führer der Mittellitauischen Truppen, General Żeligowski mit dem Generaladjutanten Hauptmann Prystor und Herrn Mejsztowicz ein. Nach dem Rapport des Generals Śmigły und nach Besichtigung der Ehrenkompagnie begab sich der Staatspräsident in das Offizierskasino, um dort die Delegationen zu empfangen.

† **Pilz bei Massaryk.** Der „Czas“ schreibt: Die gestrige Audienz des Ministers Pilz beim Präsidenten Massaryk trug einen herzlichen Charakter. Es muß betont werden, daß die Beziehungen der Tschechoslowakei zu Polen beginnen einen herzlichen Charakter anzunehmen. Der „Czas“ versichert, daß das tschechoslowakische Volk wünscht, die intimsten Beziehungen mit dem Volke der Mickiewicz und Krasiński anzuknüpfen.

† **Eröffnung einer neuen Bahnlinie in Pommerellen.** Die neu erbaute Eisenbahnlinie Gdingen—Kokoschken, eine Ergänzungslinie der Bahn Karthaus—Neustadt ist gestern in Gegenwart des Ministerpräsidenten Ponikowski und des Eisenbahnministers Sikorski feierlich eingeweiht worden. Die neue Linie ist 23 Kilometer lang und verbindet das pommerellische Bahnnetz mit der Ostsee.

† **Der Kommunismus in Polen.** Anfang November fand in Warschau ein Kongreß der unabhängigen Sozialisten statt, die beschlossen haben, dem Innenminister die Bitte um Legalisierung ihrer Partei vorzulegen. An dem Kongreß nahmen die Vertreter beider linken Parteien, der polnischen Sozialisten und der kommunistischen Partei teil, die sich den Beschlüssen der dritten Internationale nicht unterstellen. Es ist wahrscheinlich, daß unter dieser Firma bolschewisten-freundliche Elemente auftreten, die auf diese Weise die kommunistische Arbeit in Polen einzuführen wünschen.

Deutsches Reich.

** **Der Geschäftsplan des Reichstages.** Der Geschäftsplan des Reichstages für die nächste Zeit ist vom Ältestenrat folgendermaßen festgesetzt worden: Nachdem die Interpellation wegen der Deutschen Werke und die Besoldungsvorlage beraten sein werden, werden die Interpellationen beraten werden, die sich auf Teuerung, Wucher und Ernährungsfragen beziehen. Darauf wird wegen des Demokratischen Parteitages und des Bußtages eine kurze Pause eintreten. In der nächsten Woche werden am Donnerstag, Freitag und Sonnabend Plenarsitzungen abgehalten werden, und zwar zur Beratung der Notstandsmaßnahmen für Invalidenrentner, des Gesetzentwurfes zur Abänderung der Bekanntmachung über ausländische Wertpapiere vom 22. März 1917, der Interpellation der Kommunisten wegen Verbots des Landens russischer Schiffe in Swinemünde, der Berichte des Rechtsausschusses über die Verordnung des Reichspräsidenten und die Amnestie, schließlich des Schulgesetzes und des Gesetzes zur Förderung des Wohnungsbaues. Danach soll eine Pause von etwa 14 Tagen eintreten, in der die drei Steuerausschüsse und der soziale Ausschuß tätig sein werden. Das Plenum wird dann etwa am 6. Dezember zusammentreten.

** **Prinz Oskar schwer erkrankt.** Prinz Oskar von Preußen ist an einer Lungenentzündung erkrankt, zu der auch eine Rippenfellentzündung hinzugekommen ist. Das Fieber ist teilweise recht hoch. Das Befinden des Prinzen ist als außerordentlich ernst zu bezeichnen.

** **Bestimmungen des Reichswehrministers für politische Vereine.** Das Reichswehrministerium hat in Verfolg des § 36 des Wehrgesetzes nach Rücksprache bei dem zuständigen Ministerium des Innern bestimmt, daß der Alldeutsche Verband, der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, der Bund der Aufrechten und die Deutsche Friedensgesellschaft als politische Vereine, der Guttemplerorden, der Verein „Rheinland“ und die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangenen-Heimkehrer dagegen als nichtpolitische Vereine anzusprechen sind. Erstere sind demnach für die Angehörigen der Reichswehr verboten, letztere erlaubt.

** **Plünderungen in Berlin.** Die Erregung der Bevölkerung über das anhaltende Steigen der Lebensmittelpreise macht sich leider in den immer mehr um sich greifenden Plünderungen von Geschäften bemerkbar. Es sind wiederum in verschiedenen Stadtteilen Ausschreitungen vorgekommen, die besonders arbeitslosen und radaulustigen Elementen zuzuschreiben sind. Allem Anschein nach werden die Plünderungen planmäßig geleitet. In einer Straße taucht plötzlich ein größerer Demonstrationszug auf, von dem ein Stoßtrupp in einen Laden dringt, um sich alle erreichbaren Lebensmittel herauszuholen, um diese auf bereitstehenden Fuhrwerken, ehe die Polizei eintrifft, unter dem Schutz der Menge in Sicherheit zu bringen. Ganz abgesehen davon, daß durch diese Ausschreitungen meistens unschuldige Kleinhändler betroffen werden, die an der Lebensmittelteuerung gar keine Schuld tragen, muß gesagt werden, daß eine derartige Selbsthilfe ein verbrecherischer Akt ist, der unter Umständen für die Beteiligten schwere Folgen haben kann. Die Polizei hat umfassende Maßnahmen getroffen, um solch Vordringen nach Möglichkeit zu verhindern. Die bedrohten Stadtteile werden unter verstärkten Schutz gestellt.

** **Radek in Berlin?** Der „Vorwärts“ verzeichnet das Gerücht, daß Radek in Berlin weilt, um die K. P. D. mit der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft wieder zu vereinigen. Nach Moskauer Anordnung soll aber Paul Levy ausgeschlossen bleiben.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 23. November.

Die polnischen Sprachkenntnisse der Stadtverordneten-Kandidaten.

Infolge einer Intervention des Sejmabgeordneten Wasilewski über die Anordnung, daß die Kandidaten zur Stadtverordnetenversammlung die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrschen müßten, hat der Wojewode von Pommerellen, der „Gaz. Grudz.“ zufolge, den Bürgermeistern der Städte Putzig, Neustadt, Berent und Konitz folgende Verfügung zugehen lassen:

„Nach Art. 18 des Wahlreglements für die Stadtverordnetenwahlen steht der Wahlkommission das Recht zu, sich davon zu überzeugen, ob der Kandidat die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrscht. Ich betone, daß die geforderte Kenntnis der polnischen Sprache nicht gleichbedeutend ist mit der vollständigen Beherrschung dieser Sprache in Wort und Schrift.“

Ein deutscher Kalender.

Der Deutschtumsbund gibt einen Kalender für das Jahr 1922 heraus. Der Kalender wird mehr als 200 Seiten umfassen, ist auf gutem Papier und mit gutem Druck hergestellt, hat ein buntes Titelbild und mehrere schwarze Bilder im Text. Er gibt Aufsätze über alle Gebiete des deutschvölkischen Lebens in Polen wie z. B. über die deutschen Organisationen, das deutsche Pressewesen, die deutschen Kunstbestrebungen, das deutsche Schulwesen, die Lage der deutschen Kirche usw. Er enthält wertvolle Erzählungen und lyrische Stücke, bringt alles Wissenswerte aus dem praktischen und für das praktische Leben, z. B. ein Verzeichnis sämtlicher Märkte des abgetretenen Gebietes. Er bringt Aufsätze über landwirtschaftliche Fragen, wie beispielsweise über Viehkrankheiten, landwirtschaftlichen Arbeitskalender, Düngungsarten usw.

Der Kalender will ein Nachschlagebuch sein für alle Gebiete, die den Deutschen in Polen interessieren.

Das Kalendarium ist sehr geschmackvoll ausgestattet und bietet großen Raum für Notizen.

Trotz dieser Reichhaltigkeit des Kalenders soll er nur etwa 150—200 Mark kosten.

Das Buch muß deshalb von jedem Deutschen gekauft werden.

Bestellungen nimmt entgegen die Geschäftsstelle des Deutschtumsbundes in Posen, Wały Leszczyńskiego 2.

Der Bezug kann auch direkt erfolgen durch die Aufklärungsabteilung des Deutschtumsbundes in Bromberg, plac Wolności 1.

Aufhebung der fleischlosen Tage.

Die fleischlosen Tage, d. h. der Montag und Freitag, die eigentlich, wie wir wiederholt betont haben, nach Einführung des freien Handels im Fleischergewerbe, nur noch von problematischer Bedeutung waren und schon lange keine Existenzberechtigung mehr hatten, sind jetzt durch eine im Dziennik Ustaw veröffentlichte Verordnung des Ministers für das ehemals preußische Teilgebiet aufgehoben worden. Gleichzeitig sind alle Beschränkungen des Konservierens, Räucherns und Pökelns von Fleisch gefallen.

X **Der aussichtsreichste Kandidat für den Posener Oberbürgerposten**, Bankdirektor Dr. Pernaczyński von der Bank Przemysłowców, hat nach Mitteilungen polnischer Blätter auf seine Kandidatur verzichtet, da es ihm zur Zeit nicht möglich sei, seine Stellung als Bankdirektor und seine verschiedenen Ämter bei anderen Unternehmungen aufzugeben.

X **Erhöhung der Entschädigung für Standesbeamte.** Die Remuneration für Standesbeamte, die nach dem Rundschreiben vom 19. März 1921 auf 300 M. für je 1000 Seelen des standesamtlichen Bezirks festgesetzt worden war, ist auf 3000 M. erhöht worden. Die Stellvertreter der Standesbeamten erhalten auch fernerhin ihre Bezüge nach der Menge der tatsächlich von ihnen vollzogenen Handlungen, nämlich je 40 M. Diese Verordnung verpflichtet vom 1. Juli d. J.

\# **Volkstümlich-wissenschaftliche Vorträge.** Die Vorlesung von Studienassessor Behrendt über die „Einführung in die Kultur des deutschen Mittelalters“ fällt diesen Donnerstag, den 24., aus.

\# **Liederabend Fräulein Bogs Herr Gollnow.** Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß am Mittwoch, dem 7. Dezember im Ev. Vereinshause Fräulein Bogs (Alt) und Herr Gollnow (Tenor) ein Konzert geben werden, in dem Herr Gollnow u. a. Bruchstücke aus Wagnerschen Musikdramen, Arien aus „Aida“, „Bajazzo“ usw., Fräulein Bogs Lieder von Schubert und Schumann zum Vortrag bringen werden. Außerdem werden beide das Duett „Amneris und Radames“ aus „Aida“ singen. Der Vorverkauf der Eintrittskarten findet in der Ev. Vereinsbuchhandlung statt.

* **Schubin**, 21. November. Die Gustav Dierfeldschen Erben haben deren 280 Morgen großes Torfgrundstück einschließlich der vor einigen Jahren erbauten zu Schubin Abbau belegenen Gebäude an einen aus Kongreßpolen stammenden Polen für 20 Millionen Mark verkauft. Der Vater der Verkäufer, der vor ungefähr drei Wochen verstarb, war viele Jahre hindurch Magistratsmitglied und Ehrenbürger der hiesigen Stadt, und bei Lebzeiten ließ er sich für keinen Preis bewegen, den durch schwere Arbeit erworbenen Besitz zu veräußern.

* **Exin**, 21. November. Die Stadtverordnetenwahlen hatten hier folgendes Ergebnis: Gemeinsame Liste hat fünf Mandate, die Liste der Arbeiter ebenfalls fünf, die Beamten ein Mandat und die Deutschen ebenfalls ein Mandat erhalten. Wie die „Prawda“ schreibt, sollen die hiesigen Wahlen für ungültig erklärt werden, da die Wahlkommission nicht dem Gesetze entsprechend gehandelt haben soll.

* **Wolfshagen**, 21. November. Die Hasenjagd ist in diesem Jahre sehr lohnend. Obwohl der Bezirk nur klein ist, sind schätzungsweise schon über 100 Hasen abgeschossen worden, was um so mehr ins Gewicht fällt, als die Pacht nur 3000 M. beträgt.

* **Sadke (Bez. Bromberg)**, 21. November. Bei den Erneuerungswahlen für die kirchlichen Körperschaften der Evangelischen Kirchengemeinde Sadke wurden in den Gemeindekirchenrat wiedergewählt: Albert Schmidt aus Sadke und Daniel Vedder aus Laubheim; in die Gemeindevertretung Gustav Frank-Schloßberg, Gustav Prill-Laubheim, Daniel Dallmann-Ostrowitz, Wilhelm Jakob-Laubheim. Neu gewählt wurden: Fritz Schmidt-Sadke, Reinhold Drewanz-Laubheim, Gustav Szieker-Elsenort, Karl Seehafer-Bnin und Gustav Riewe-Ostrowitz.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Posener Viehmarkt vom 23. November 1921.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht.

I. Rinder: A. Ochsen I. Sorte 7000—7500 M., II. Sorte 5000 M., III. Sorte 2500—3000 M. B. **Bullen** I. Sorte 7000 bis 7500 M. II. Sorte 5000 M., III. Sorte 2500—3000 M. C. **Färsen und Kühe** I. Sorte 7000—7500 M. II. Sorte 5000 M., III. Sorte 2500—3000 M. D. **Kälber** I. Sorte 8000 M., II. Sorte 7000 M.

II. Schafe I. Sorte —,— M. II. Sorte —,— M.

III. Schweine: I. Sorte 17 000—18 000 M., II. Sorte 15 000 bis 16 000 M., III. Sorte —,— M.

Der Auftrieb betrug: 62 Rinder, 100 Kälber, 25 Schafe, 100 Schweine. Infolge geringen Auftriebs zogen die Preise an. — Tendenz: sehr lebhaft.

Posener Getreidebörse vom 23. November.

Notierungen wurden heut nicht vorgenommen. Tendenz: fest

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 23. November.

Keine Verteuerung des elektrischen Stromes.

Während verschiedene kleinere Städte des ehemals preußischen Teilgebiets, dem allgemeinen Zuge der Zeit nach Preisabbau Rechnung tragend, mit Beginn dieses Monats den Gaspreis nicht unerheblich herabgesetzt haben, hat es bekanntlich die Posener Gasanstalt für angezeigt erachtet, mit Rückwirkung vom 25. v. Mts. ab eine abermalige Verteuerung des Gaspreises von 44 auf 55 M. für das Kubikmeter, d. h. also um 25 v. H., vorzunehmen. Es tauchte nun eine durch die Erfahrungen der letzten Zeit sattsam begründete Befürchtung auf, daß das Elektrizitätswerk ebenfalls eine Verteuerung des elektrischen Lichts und Stroms vornehmen würde. Diese Befürchtung ist, wie wir von zuständiger Seite erfahren, unbegründet. Es ist nicht nur keine Verteuerung des elektrischen Stroms in Aussicht genommen, sondern eine Herabsetzung der Preise des Elektrizitätswerks vermutlich vom 1. Januar 1922 ab zu erwarten. Dieser Preisabbau ist natürlich von den Kohlenpreisen abhängig. Man rechnet aber an der zuständigen Stelle mit dem Ersatz der Dąbrowoer Kohle durch die oberschlesische Kohle mit ihrer erheblich höheren Heizkraft.

Die Kommunisten in Posen.

Die hiesige Polizei hatte schon seit längerer Zeit ein Auge auf einige Personen, die sich als kommunistische Agitatoren betätigten und den Verdacht wachriefen, daß sie in geheimen Zusammenkünften staatsfeindliche Bestrebungen unterstützten. Diese Zusammenkünfte fanden zum Teil in der Wohnung eines gewissen Stanisław Czaprowicz in der ulica Generała Prądzyńskiego 11 (fr. Gneisenaustraße) statt. An diesen Zusammenkünften nahmen außer dem Wohnungsinhaber teil der der Polizei schon bekannte Warkocz, ferner der Eisenbahnarbeiter Siewert, der Drechsler Franciszek Strach und ein Mann, der sich manchmal Kazimierski, manchmal Kazimierz Rysich nannte. In diesen Zusammenkünften wurde über die Frage der Einführung der Arbeiterräte beraten: den ersten Schritt sollte die Unterstellung der Eisenbahnerverbände unter die kommunistischen Organisationen bilden. Danach sollten alle Verkehrslinien von Kommunisten besetzt und eine Staatsumwälzung im großen herbeigeführt werden.

Andere kommunistische Zusammenkünfte fanden in einem Lokal in der ulica Zamkowa (früher Schloßstraße) statt, so unter anderem eine am 18. November, in der über die städtischen Wahlen gesprochen wurde.

Ein Teil der genannten Führer der Posener Kommunisten wurde am Dienstag in der Wohnung des Czaprowicz verhaftet.

Wegen Preiswucher und Kettenhandel. Die Starostei Bromberg veröffentlicht folgende Bekanntmachung:

„Fleischwarengeschäfte und Viehhändler beklagen sich darüber, daß die Landleute und Viehzüchter die Viehpreise ohne Grund erhöhen und so den Viehankauf fast unmöglich machen. Die Preise sind infolge des Steigens der polnischen Mark und des Sinkens der Lederpreise erheblich zurückgegangen. Somit werden Viehzüchter und Landwirte auf folgende Verordnungen hingewiesen: Verfügung des Ministerrats vom 9. August 1921, veröffentlicht im „Dz. Ustaw" (Gesetzblatt) Nr. 70 Pos. 467, und das Gesetz vom 2. Juli 1920 über die Bekämpfung des Kriegswuchers im ehem. preuß. Teilgebiet. Der Artikel 24 Punkt 2 des Gesetzes lautet: „Wer zum Zwecke der Erhaltung hoher Preise, wodurch der Person selbst oder einer anderen ein übermäßig hoher Gewinn erwächst, Vorräte aufkauft, ansammelt oder versteckt hält, wer unehrliche Machinationen unternimmt und hierdurch eine Erhöhung des Preises für Artikel des täglichen Gebrauchs verursacht und wer sich am Kettenhandel beteiligt, wird nach vorstehenden Verordnungen zu schwerem Kerker von ein bis fünfzehn Jahren und zu einer Geldstrafe bis zu zwei Millionen Mark bestraft."

Religiöse Vorträge. Nach Art der Evangelisationsvorträge, wie sie früher der bekannte Pastor Keller und in den letzten Jahren Missionsinspektor Beyer hier gehalten hat, wird am 1. und 2. Dezember d. J., Donnerstag und Freitag, nachmittags 6 Uhr in der Paulikirche Pfarrer Vincent, der als glänzender Redner weithin bekannt ist, religiöse Vorträge halten und zwar am Donnerstag über das Thema: „Adams erster Tag und das verlorene Paradies" und am Freitag über das Thema: „Die Wiedergeburt und das neue Leben". Der Eintritt ist für jedermann frei. Es ist auf sehr zahlreichen Besuch zu rechnen. Pfarrer Vincent wird auch in einer Reihe anderer Städte, wie in Lissa, Bromberg, Krotoschin ähnliche Vorträge halten.

X **Hinrichtung von Militärpersonen.** Am 9. August d. Js. wurde, wie noch erinnerlich, ein Landmann Gregor Prykiel, der aus Kongreßpolen hierher gekommen war, um seinen beim Militär stehenden Sohn zu besuchen, in den Eichwaldwiesen ermordet und seiner Barschaft von etwa 3000 M. beraubt aufgefunden worden. Als Raubmörder wurde bald der Kanonier Leopold Tugalski ermittelt. Er wurde am 22. September d. Js. vom hiesigen Kriegsgericht zum Tode verurteilt. Das Urteil ist, nachdem der Staatspräsident von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht hatte, Montag früh 8 Uhr durch Erschießen vollstreckt worden. Es war das zweite Todesurteil, das in diesem Monat in Posen vollstreckt wurde. Am 3. d. Mts. ist nämlich bereits der Sergeant Bronisław Banaszkiewicz, der wegen Unterschlagung von 148 000 M. bei einer Militärkasse ebenfalls vom hiesigen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden war, durch Erschießen hingerichtet worden.

X **Eine allgemeine Geflügel- und Kaninchenausstellung** veranstaltet der Ornithologische Verein Posen vom 4 bis 7. Januar 1922 in den Räumen der Gastwirtschaft Kuźnica (früher Steuer) neben dem Zoologischen Garten. Der Klub der Posener Farbenkopfzüchter hat bereits zugesagt, sich mit 100 Nummern seiner besten Exemplare zu beteiligen. Die Programme und Anmeldebogen werden durch den I. Vorsitzenden Fabrikbesitzer Stabrowski, Posen, ul. Dombrowskiego (fr. Gr. Berliner Str.) versandt.

Deutschtumsbund. Helft den in der Existenz geschwächten selbständigen Handwerkern durch Arbeitsaufträge. Aufträge nimmt entgegen die Geschäftsstelle Posen, Wały Leszczyńskiego 2 (früher Kaiserring).

X **Das Opfer eines Taschendiebes** wurde gestern auf dem Hauptbahnhofe ein Durchreisender, indem ihm aus der inneren Rocktasche eine Brieftasche mit 30 000 M. polnischen und 250 M. deutschem Gelde, Gesamtwert 36 000 M., gestohlen wurde.

X **Einbruchsdiebstähle.** Gestern nacht wurden aus einem Laden in der ul. Dominikańska 4 (fr. Dominikanerstr.) ein neues Pferdegeschirr mit weißem Beschlag, ein Zaumzeug mit Scheuklappen und 2000 M. Geld, im Gesamtwerte von 120 000 M. gestohlen. — Einer Firma in der ul. Mickiewicza 13 (fr. Hohenzollernstr.) wurde ein Motor im Werte von 50 000 M. gestohlen.

* **Samter,** 22. November. Bei den Stadtverordnetenwahlen am Sonntag betrug die Wahlbeteiligung 75 v. H. Insgesamt wurden 2470 Stimmen abgegeben, die sich wie folgt verteilen: Auf Liste I (Arbeiterliste) 1163 auf Liste II (Bürgerliste) 1001 Deutsche Liste 306. Nach dem Verhältnis entfallen auf die Listen: I 6, II 5, III 1 Abgeordneter. Gewählt sind demnach: Jankowski Grabarek, Taranczewski, Starzonek, Tomaszewski u. Brzeziński von Liste I, Nowaczyński, Tad. Białasik Dr. Krukowski, Anton Maciejewski und Schulinspektor Rojochowicz von Liste II und Kerger von Liste III.

□ **Graudenz,** 22. November. Die „Weichsel-Post" berichtet: Die Mörder der Familie Kubiak befinden sich, das darf mit fast untrüglicher Sicherheit behauptet werden, in den Händen der hiesigen Kriminalpolizei. Am Sonnabend nachmittags wurde einer der Täter, der frühere Unteroffizier Kendrak, ein Deserteur unter starker Eskorte und gefesselt aus Culm der hiesigen Polizeibehörde zugeführt. Zugleich mit diesem ist ein weiteres mutmaßliches Mitglied der Mörderbande, namens Krysiak, der wegen eines bei einem Offizier verübten Diebstahls festgenommen worden ist, in Haft. Natürlich leugnen die Festgenommenen ihre Täterschaft, indessen glaubt die Behörde ihrer Sache, daß es sich in der Tat um die wirklichen Mörder handelt, sicher zu sein.

Aus Ostdeutschland.

□ **Elbing,** 21. November. In der vergangenen Nacht wurde die Stadt Neuteich im Freistaate Danzig von einem Großfeuer heimgesucht. Fünf Häuser, in denen sich außer Wohnungen ein Manufakturwarengeschäft, ein Kaufhaus, eine Fleischerei und ein Kolonialwarengroßgeschäft befanden, wurden samt großen Warenvorräten durch das Feuer zerstört. Die Entstehungsursache wird auf einen Ofenbrand zurückgeführt. Der Schaden beläuft sich auf rd. 5 Millionen Mark.

* **Memel,** 22. November. Ein furchtbares Verbrechen ereignete sich in Rossitten, wo eine aus vier Personen bestehende Familie ermordet und beraubt aufgefunden wurde. Die Mörder brachten ihre Opfer mit einem Beil um, entkleideten die Leichen, warfen sie in den Keller und plünderten die ganze Wohnung aus. Wenige Zeit später erschien auf dem Bauerngehöft in der Nähe von Dondengen ein unbekannter Mann mit einer angeblich kranken Frau, die beide von dem Besitzer des Bauernhofes aufgenommen wurden. Der unbekannte Mann ging dann mit dem Besitzer über Land, um einen Arzt zu holen. Als die Frau des Besitzers auf die im Bett liegende kranke Frau zuging, sprang ihr statt deren ein Mann entgegen. Die beherzte Frau ließ sich nicht erschrecken, ergriff ein Beil und spaltete dem Mann, der sie zu erwürgen versuchte, den Schädel. Als bald darauf der zweite Verbrecher zurückkehrte und Miene machte, die Frau zu ermorden, streckte sie ihn ebenfalls mit einem Beil nieder. Ihren Mann, der mit dem zweiten Verbrecher, angeblich um einen Arzt zu holen, fortgegangen war, fand man nicht weit vom Gehöft entfernt ermordet am Wegrande.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. sämtlich in Poznań.